Wir in Reinickendorf

wir

04/2011

DIE LINKE. Reinickendorf informiert

BVV Reinickendorf: 2
Intergrationsbeauftragte/r kommt

Für eine soziale Politik 3
DIE LINKE wählt BVV-KadidatInnen

So geht es nicht weiter!

Yusuf Dogan, Vorsitzender der LINKEN Reinickendorf - Gedanken zu einem kleinen Buch, das Mut machen und bewegen soll

Kürzlich hat sich ein älterer Mann zu Wort gemeldet, der dazu aufruft, sich „mehr einzumischen“. Der Mann heißt Stéphane Hessel und ist Franzose. Er ist 93 Jahre alt, Veteran des französischen Widerstands, Überlebender des KZ Buchenwald und Mitverfasser der Menschenrechtskonvention von 1948.

Sein Buch heißt „Empört Euch“ („Indignez-vous“), ist fünfzehn Seiten kurz. Es ist in unserem Nachbarland das meist verkaufte und gelesene Buch des vergangenen Jahres. Hessel fordert die Menschen auf, die Augen zu öffnen, sich über den Zustand der Welt zu empören und Widerstand zu leisten.

Gegen Unrecht in der Welt

Worüber er sich empört, ist die wachsende Kluft zwischen extremer Armut und extremem Reichtum, die gefährliche Macht der Banken- und Finanzwelt, die Politik Sarkozys und die Einsparungen bei der Rentenreform, ist die Diskriminierung der Roma und Immigranten in seinem Lande, aber auch die menschenfeindliche Blockade des Gazastreifens. Das Buch hat beeindruckt - nicht nur mich. Auch in Deutschland steht das Werk bereits auf den Bestseller-Listen. Zu Recht.

Denn auch in Deutschland kann man sich über vieles empören. Da sind beispielsweise die nur fünf Euro betragende Erhöhung des Hartz- IV-Regelsatzes oder die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch Schwarz-Gelb.

Und in Reinickendorf? Empörend ist die undemokratische Schulpolitik der CDU, die sich, trotz des Wunsches der Mehrheit der Eltern, Schüler und Belegschaft der Hannah-Höch-Schule und der Greenwich-Schule weigert, diese Schulen in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln.

Kritik der Gleichgültigkeit

Hessel stellt in seinem Buch fest, das Schlimmste sei die Gleichgültigkeit vieler Bürger und Wähler. Dem stimme ich zu! Es gibt aber auch Hoffnung. Als angehender Jurist bin ich selbst in jedem Semester mit mindestens einer wissenschaftlichen Arbeit konfrontiert. Daher bin ich froh, dass es zehntausenden Hochschulangehörigen nicht gleichgültig war, dass sich ein Ex-Verteidigungsminister seinen Doktor-Titel erschlichen hat. Und dass heute so viele für die Abschaltung der Atomkraftwerke demonstrieren - endlich wieder.

Und was hat das mit der LINKEN in Reinickendorf zu tun? Wir haben nicht alles einfach so hingenommen. Wir haben uns empört und uns eingemischt - und werden das auch weiterhin tun.

Stefan Liebich und Yusuf Dogan beim Jahresempfang 2011

Foto: Lutz Dühr

Anderen Mut machen

Ich erkenne auf diesen fünfzehn Seiten von Stéphane Hessel meine eigenen Empörungen über viele aktuelle Vorgänge in der Welt wieder. Deshalb möchte ich der Aufforderung Hessels folgen. Hessel sagt: „Neues schaffen, heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten, heißt Neues schaffen.“ Und auch ich möchte anderen Mut machen, sich einzumischen, ihre Interessen politisch zu vertreten - in Reinickendorf, in Deutschland, überall auf der Welt.

Der Bezirksvorsitzende der Reinickendorfer LINKEN hat seine Gedanken auf dem Jahresempfang der LINKEN mit Stefan Liebich, MdB, am 11. März 2011 dargelegt. Sie wurden für „WiR“ leicht bearbeitet.

„Wir leben in einer schrecklich ungerechten Welt. Dagegen sollten wir uns empören. Denn ein universeller Grundwert ist soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist vielleicht die einzige wirkliche Hoffnung für die Welt.

Die Zukunft gehört der Gewaltlosigkeit und der Versöhnung der unterschiedlichen Kulturen. Das ist der nächste Schritt, den die Menschheit wird tun müssen.

Vielleicht wächst die Erkenntnis, dass Demokratie nicht durch Krieg entstehen kann...

Am schlimmsten ist es, wenn man sagt: „Damit habe ich nichts zu tun. Das ist mir egal.“

Wenn die Grundwerte durch irgendwelche Mächte, seien es politische, wirtschaftliche oder finanzpolitische, verletzt werden, vergewaltigt, dann hat man nicht nur das Recht, sondern man hat die Pflicht, Widerstand zu leisten.

Wir müssen Alternativen suchen, andere Ansätze im politischen Denken und Handeln finden, Visionen entwickeln. Das ist eigentlich die Botschaft meines kleinen Buches.“

Stéphane Hessel in „Empört Euch“ und in „Neues Deutschland“, 12./13.2.2011

Reinickendorf bekommt Integrationsbeauftragte/n

Yusuf Dogan: DIE LINKE begrüßt BVV-Beschluss

Nach jahrelanger Verweigerung durch die CDU hat der Antrag, wie in anderen Bezirken auch in Reinickendorf einen Integrationsbeauftragten einzusetzen, in der BVV eine Mehrheit gefunden.

„Na, endlich!“ kommentierte der Bezirksvorsitzende der Reinickendorfer LINKEN, Yusuf Dogan, die Entscheidung. „Das ist ein wichtiger Erfolg der Bemühungen zahlreicher Verbände, Kirchengemeinden, Persönlichkeiten, politischer Kräfte, darunter der LINKEN, und der Betroffenen selbst um eine adäquate demokratische Interessenvertretung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in unserem Bezirk.“ Zudem sei ein solcher Schritt durch das 2010 beschlossene Partizipations- und Integrationsgesetz in Berlin verbindlich geworden.

Mehrheit ernst nehmen

DIE LINKE - so Yusuf Dogan - erwarte, dass das CDU-geführte Bezirksamt dem politischen Willen der Mehrheit der BVV und vieler Bürger Reinickendorfs Rechnung trägt und die Voraussetzungen schafft, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Fraktionschef Schultze-Berndt kritisierte in der Debatte das Gesetz erneut als „völlig unnütz“. Als „Beweis“ holte er „eine Gemeinsamkeit von CDU und LINKEN in Reinickendorf“ aus der Schublade: mit Yusuf Dogan und Emine Demirbüken-Wegner hätten sie Menschen mit Migrationshintergrund an der Spitze. Integration sei also also etwas ganz Normales in unserem Bezirk. Da werde ein Extra-Integrationsbeauftragter nicht gebraucht.

Nicht nur „ins Boot nehmen“

B90/Grüne, SPD und FDP sprachen sich für einen Beauftragten als „Ansprechpartner für die Migranten“ aus, die „mit ins Boot genommen werden müssten“. Außerdem sei man gesetzestreu. Von einer demokratischen Teilhabe der Migrantinnen und Migranten, die inzwischen mehr als ein Fünftel der Reinickendorfer Bevölkerung ausmachen, an den bezirklichen Dingen war zu wenig die Rede.

Eigentlicher Anlass der Debatte war ein Antrag von B90, der seit 2008 im Ältestenrat der BVV „vor sich hin schimmelte“ (Anke Petters) und im Januar 2011 kurioserweise als erledigt betrachtet werden sollte: einen Ausschuss für Migration zu bilden. Dieser Antrag fand keine Mehrheit.

Klaus Gloede

Wir fordern, dass das Partizipations- und Integrationsgesetz auch in unserem Bezirk umgesetzt wird. Ein Migrationsbeirat muss gebildet werden, um die demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund an bezirklichen Dingen zu sichern. Ein/e Migrationsbeauftragte/r ist schon lange überfällig.

Aus: Wahlaussagen der LINKEN Reinickendorf zur BVV-Wahl

56.422 Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger (23,3 Prozent) haben einen Migrationshintergrund, sind selbst oder haben Elternteile, die eingewandert sind, oder keinen deutschen Pass. Wichtigste Herkunftsgebiete sind Islamische Länder (18 872, davon 12 755 Türken), EU (16 397, darunter 9 128 Polen), ehem. Jugoslawien (4 758), ehem. Sowjetunion (5 110).

Quelle: www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2011/SB_A1-5_hj02-10_BE.pdf

Ein Stolperstein für Karl Neuhof verlegt

Am 17. März 2011 wurden für drei weitere Opfer des Faschismus in Reinickendorf Stolpersteine verlegt.

Die Verlegungen begannen in der Zeltinger Straße 65 in Frohnau mit der Ehrung für den Kaufmann Karl Neuhof, der 1943 in Sachsenhausen erschossen wurde.

Stellvertretend auch für die anderen Opfer, derer an diesem Tag mit einem Stolperstein gedacht wurde, fand in der Zeltinger Straße in Anwesenheit des Sohnes Peter Neuhof, von Frau Seidel, der Sprecherin des VVN-BdA Reinickendorf und von Pfarrer Albroscheit von der Evangelischen Kirche Frohnau anlässlich der Verlegung des Stolpersteines eine kleine Gedenkfeier statt.

Der Stolperstein wurde von der VVN-BdA Reinickendorf und der LINKEN Reinickendorf finanziert. *L. D.*

Mehr Infos unter: die-linke-reinickendorf.de/politik/aktionen

BVV-Splitter

50. Sitzung, 9.3.2011

Die Berliner Wahlen finden zwar erst am 18. September statt. Manche Debatten in der BVV sind aber bereits vom Wahlkampf geprägt.

Mit den Stimmen von SPD, B90/Grünen und FDP sowie der vier Einzelverordneten beschließt die BVV, beim Bezirksbürgermeister einen **Integrationsbeauftragten** anzusiedeln (*Drs.-Nr.: 1417/XVIII*) - s. nebenstehenden Beitrag.

Bezugnehmend auf einen Bericht in der „Berliner Morgenpost“ vom 24. Februar, erkundigt sich **Yusuf Dogan** in seiner schon traditionellen **Einwohnerfrage**, ob „ *Bezirksstadträtin Schultze-Berndt den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus oder den Spitzenkandidaten der Berliner CDU bei seinem kürzlichen Besuch in Reinickendorfer Schulen begleitet*“ habe. Ihre Antwort, sie habe *beide gern begleitet*, zeigt, dass ihr offenbar nicht ausreichend bewusst ist, dass sie ihre Bezirksamtsfunktion im vorgezogenen Wahlkampf für die Position ihrer Partei missbraucht.

Um undichte Fenster und Türen und Schulkinder, die im Durchzug sitzen, aber auch um Fenster, die sich *nach* der Sanierung nicht mehr öffnen lassen, geht es u.a. in der Großen Anfrage (GA) von B90/Grünen „**Nachhaltige Schulgebäudesanierung?“** (*Drs.-Nr.: 1368/XVIII*)

Stadtrat Lambert beantwortet die GA der CDU **„Schneeräumung in Reinickendorf“** (*Drs.-Nr.:1374/XVIII*). Die überraschende fristlose Kündigung durch das vom Senat beauftragte Winterdienstunternehmen hatte zu enormen Schwierigkeiten im Bezirk geführt. Die Schlussfolgerung des BA, die Schnee- und Eisbeseitigung künftig in Eigenregie in mehreren Losen auszuschreiben, wird von der BVV einstimmig begrüßt (*Drs.-Nr.: 1416/XVIII*).

Den aktuellen Planungsstand der **Nachnutzung von TXL** (*GA der CDU, Drs.-Nr.: 1397/XVIII*) bilanziert Stadtrat Lambert sachlich: „Es ist gelungen, einen stadtweiten Konsens zu schaffen ... Die Richtung stimmt, das Tempo ist richtig“. Die Auslegung des Flächennutzungsplanes (FNP) und des Landschaftsprogrammes sei abgeschlossen. Bis zur Sommerpause müssten Senat und Abgeordnetenhaus den FNP beschließen. Dann folge die Bauleitplanung durch den Senat. Nun dürfe die Dynamik nicht verloren gehen. *F. W.*

Startklar für die BVV-Wahlen am 18. September

DIE LINKE Reinickendorf beschließt Wahlaussagen und nominiert KandidatInnen

Bezirksvorsitzender Yusuf Dogan führt die BVV-Liste der LINKEN an. Auf der Liste folgen ihm die stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner LINKEN, Katrin Möller, und Marion Lubina, Mitglied des Reinickendorfer Bezirksvorstands.

Ziel der Reinickendorfer LINKEN ist der Einzug in die Bezirksverordnetenversammlung in Fraktionsstärke. Die Kandidatinnen und Kandidaten sind zwischen 29 und 69 Jahre alt, im Schnitt 46. Damit setzt DIE LINKE. Reinickendorf klar auf eine gute Mischung aus Alt und Jung, erfahrenen und neuen KandidatInnen.

Die Mitgliederversammlung der LINKEN beschloss am 2. April bezirkliche Wahlaussagen unter dem Titel: ***„Für ein soziales Reinickendorf - für ein solidarisches und friedliches Miteinander -“***.

DIE LINKE unterbreitet den Wählerinnen und Wählern ein konkretes Angebot für eine bessere Politik in Reinickendorf.

Die Schwerpunkte liegen in der Stärkung der Bürgerkommune, dem ökologischen Stadtumbau sowie in der Bildungs- und Jugendpolitik.

Der **Bezirkswahlvorschlag der Partei DIE LINKE** für die BVV-Wahl am 18. September 2011:
1. **Yusuf Dogan**, geb. 1982, Jura-Student; 2. **Katrin Möller**, geb. 1967, Jugendsozialarbeiterin und Familienhelferin; 3. **Marion Lubina**, geb. 1941, Rentnerin; 4. **Felix Lederle**, geb. 1975, wiss. Mitarbeiter der Linksfraktion im AvB; 5. **Sigrun Merkle**, geb. 1959, Trainerin und Förderlehrerin in der Erwachsenenbildung/Ausbildung; 6. **Michael Rohr**, geb. 1974, Diplom-Archivar, z.Zt. erwerbslos; 7. **Klaus Murawski**, geb. 1959, techn. Sachbearbeiter; 8. **André Kindzorra**, geb. 1961, Trainer/Dozent in der Erwachsenenbildung; 9. **Nikolaus Mock**, geb. 1981, Politikwissenschaftler auf Jobsuche; 10. **Beate Orth**, geb. 1946, Rechtsanwalts- und Notargehilfin.

Zehn Linke stellen sich am 18. September zur Wahl

Fotos: Klaus Gloede

Rosenkavaliere

Yusuf Dogan und andere Mitglieder der LINKEN Reinickendorf verteilen am 8. März 2011 anlässlich des 100. Internationalen Frauentages Rosen an Reinickendorferinnen.
Ein Kommentar: „Darauf kann auch nur DIE LINKE kommen.“ Stimmt.

Noch immer stark unterrepräsentiert

„Flotte Lotte“ diskutiert Vorschläge zur Frauenpolitik

Während der Reinickendorfer Frauen- und Mädchenwoche am 12. März im „Frauenpolitischen Salon“ der „Flotten Lotte“: Zum 100. Internationalen Frauentag wurden zum Thema: „Frauenpolitik Vor – Rück – Beiseit“ wünschenswerte Veränderungen für den Bezirk diskutiert.

Die Teilnehmerinnen stellten fest, dass Frauen auch in Reinickendorf im politischen Leben und in leitenden Positionen im Wirtschaftsleben unterrepräsentiert sind. So beträgt z. B. die Zahl der weiblichen Mitglieder in der BVV nur 35 Prozent.

Für die beruflichen Chancen von Frauen ist unter anderen der öffentliche Nahverkehr bezeichnend. Denn weder im Vorstand der BVG noch in der Geschäftsführung der S-Bahn sind bislang Frauen vertreten. Als Ursache dieser Unterrepräsentation wird u. a. die Scheu der Frauen angesehen, sich ernsthaft um anspruchsvolle Tätigkeiten zu bemühen. Sie können aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen die für diese Posten erforderliche Zeit oft nicht aufbringen.

Familienfreundliche Arbeitszeiten könnten helfen, dieses Dilemma aufzulösen. Unterstützende Studien liehen längst vor. Der öffentliche Dienst - konkret das Bezirksamt Reinickendorf - könnte an dieser Stelle mit gutem Beispiel vorangehen.

Vorbildfunktion für den gesamten öffentlichen Dienst könnte die Allgemeine Verwaltungsordnung für Bundesbeamte haben. So kann z. B. von der Kernarbeitszeit abgewichen werden, und sie nennt verschiedene Teilzeitarbeitsmodelle.

Ein Hoffnungsschimmer für die Frauen: Auch junge Väter interessieren sich für diese Modelle.

Beate Orth

Atomkraft? Nein, Danke!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Reinickendorfer LINKEN für die Wahl zur BVV am 18. September 2011 fordern, die Atomkraftwerke sofort abzuschalten und den Verzicht auf Atomenergie und auf Atomwaffen in das Grundgesetz aufzunehmen.

Wir sind empört, dass der Reinickendorfer Wahlkreisabgeordnete im Deutschen Bundestag, Dr. Frank Steffel, im Oktober 2010 einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten zugestimmt und im März 2011 eine unverzügliche Abschaltung aller deutschen AKW abgelehnt hat. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes haben das Recht zu erfahren, ob Dr. Steffel nach der beispiellosen Katastrophe in Japan die Kernenergie in einem Energiekonzept immer noch als “Brückentechnologie” für unverzichtbar hält.

Angesichts dieser Haltung ist es geradezu zynisch, wenn der Kreisvorsitzende der Reinickendorfer CDU behauptet, seine Partei verfolge „eine Politik, die die Zukunft im Auge hat“, und wolle mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Reinickendorf verdient eine andere Politik. Die Reinickendorfer LINKE wird sich in der BVV dafür einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes über die Möglichkeiten zur Energieeinsparung und dezentralen Energieerzeugung vor Ort durch Fachleute beraten werden.

Berlin, 4. April 2011

Die Wahlaussagen der LINKEN für die Wahlen zur Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung am 18. September und weitere Informationen zu den Wahlen erhältlich im Roten Laden, an Info-Ständen der LINKEN oder unter:

www.die-linke-reinickendorf.de/wahlen

Linke in Reinickendorf

Genau hingeschaut: Mehr Rot, als man dachte...

100 Jahre Rathaus Reinickendorf - ursprünglich Rathaus von Wittenau - für WiR ein Grund, sich auch mit der Geschichte der Linken in Reinickendorf zu beschäftigen.

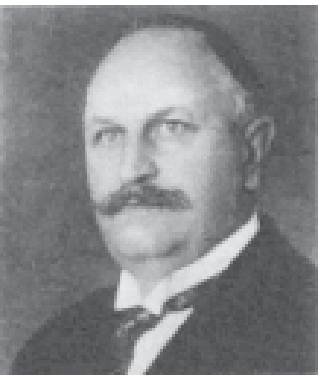
Man könnte meinen, da gäbe es nicht viel zu erzählen. Schließlich ist doch Reinickendorf eine CDU-Hochburg. Aber dies war einmal anders.

So wählten in der Weimarer Republik zwischen 50 und 60 Prozent der Reinickendorfer linke Parteien - die SPD, die USPD oder die KPD.

Im Kaiserreich wurde das heutige Reinickendorf, dass zum Reichstagswahlkreis Niederbarnim gehörte, seit 1890 vom linken Sozialdemokraten und Kriegsgegner Arthur Stadthagen im Reichstag vertreten.

Foto: Alfred Henke

Quelle: wikipedia.de



Vom Dorf zum Industriestandort

Wie kam es dazu? Die sechs Gemeinden, die später zu Reinickendorf wurden, waren bis weit ins 19. Jahrhundert Bauerndörfer. 1836 wurde in Hermsdorf eine Ziegelei aufgebaut. 1854 kam eine weitere in Lübars hinzu. So kamen immer mehr kleine Industriebetriebe in das heutige Reinickendorf. Ab 1898 siedelte August Borsig seinen Betrieb nach Tegel um. Die Borsig-Arbeiter wurden in einem Teil Dalldorfs (heute Wittenau) angesiedelt, es entstand das heutige Borsigwalde .

Diese Industrialisierung führte zu einem Bevölkerungszuwachs, 1925 lebten über 100.000 Einwohner in Reinickendorf. Nach der Eingemeindung nach Berlin und Gründung des Bezirks 1920 war Reinickendorf sozialdemokratisch geprägt.

Aber auch die Kommunisten waren sehr stark. Die Arbeiterparteien hatten von 1921 bis 1933 eine Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung.

Die Linken im Bezirk

Eine interessante Persönlichkeit in der Bezirksverwaltung war der 2. Bezirksbürgermeister und Stadtrat Alfred Henke (1922-1933). Seit 1912 war er bremischer Reichstagsabgeordneter und stimmte 1915 gegen die Kriegskredite. 1917 gehörte er zu den Begründern der USPD, und 1919 war er eines der beiden Staatsoberhäupter der Bremer Räterepublik.

Auch der Arzt und Sexualaufklärer Max Hodann wirkte in Reinickendorf. Die Weiße Stadt ist das architektonische Denkmal der progressiven Architektur, die das Bauen im Berlin der Weimarer Republik ausmachte.

Noch bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 lagen SPD und KPD 13 Prozentpunke vor der NSDAP. Aber die Machtergreifung der Nazis hinterließ auch in Reinickendorf seine Spuren. Doch auch hier gab es Widerstand gegen den Nazi-Terror.

Hans Coppi von der „Roten Kapelle“ besuchte die Reformschule auf der Insel Scharfenberg. Er wohnte in der Laubenkolonie „Gartenfreunde“ in Tegel. In den Fabriken Alfred Teves und Stolzenberg, aber auch in anderen Reinickendorfer Industriebetrieben wirkten illegale Widerstandsgruppen, die u. a. aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen bestanden.

Nach dem Krieg wurde Reinickendorf wieder von der SPD geprägt. Sie war von 1946 - 1981 die stärkste Partei. Von den neun Bezirksbürgermeistern nach 1945 gehörten fünf der SPD an. Erst danach war die CDU eine ebenbürtige bis überlegene politische Gegnerin der SPD. *Michael Rohr*

Am Rande

Mehr Reinickendorf?

Da sei Gott vor! - „Unser Maßstab ist nicht Nord-Neukölln“ war der umjubelte Slogan beim „Kiezgespräch“ der Reinickendorfer CDU im Tegeler Hax'nhaus. Der Beifall wäre gewiss geringer ausgefallen, wenn auch die andere Hälfte der Wahrheit ausgesprochen worden wäre: Unser Maßstab ist Marzahn- Hellersdorf! Jedenfalls wenn es um die Anzahl der Erwerbslosen geht. Obgleich doch gerade erfolgreiche Wirtschaftspolitik eine zentrale Wahlaussage der Reinickendorfer CDU ist. Würde ihre Forderung nach „Mehr Reinickendorf“ in Berlin umgesetzt, müssten nicht weniger als sieben Berliner Bezirke für mehr Erwerbslose sorgen. Das wär mal ein Exportschlager...

Ein weiterer Aufschrei, das Steuergeld müsse für die Sicherheit da sein, nicht für lesbische Bauchtanzgruppen, lässt sogar Spekulationen über einen handfesten Skandal zu. Suggeriert er doch, dass in der Vergangenheit erhebliche Mittel für das Einstudieren aufreizender Tänze orientalischen Ursprungs durch weibliche Homosexuelle bereitgestellt wurden. Ich habe auch nach langer Recherche leider keine einzige solcher Gruppen ausfindig machen können. Daher die Frage: *Herr Dirk Steffel, was ist mit dem angeblichen Geld für lesbische Bauchtanzgruppen denn nun wirklich passiert?*

„Mehr Reinickendorf“ in Berlin hieße ja noch mehr, z. B. keine Gemeinschaftsschulen. Also Untätigkeit dort, wo dringend Handlungsbedarf besteht. Statt dessen ideologisch motivierte Entscheidungen, obwohl die Erfolg versprechende Alternative schon Realität ist - zumindest in anderen Bezirken. Auf diesem Auge ist die CDU halt blind.

Ich meine, wir sollten uns gut überlegen, ob wir nicht vielleicht „Mehr Berlin“ in Reinickendorf brauchen.

F. Reinecke

Termine

Am Donnerstag, **28. April 2011, 19.30 Uhr**, Tegeler Dialoge zur Demokratie der „Helle Panke e.V.“ - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin: **„Öl und Gas werden knapp - was nun?“** - Welchen Beitrag Berlin und Brandenburg für eine konsequente Energiewende leisten (können). Referent: **Harald Petzold**, Potsdam, Moderation: Dr. Klaus Gloede, Kostenbeitrag 1.50 Euro

Impressum
Herausgeber: Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE, V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE. Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Kontonummer: 525 6078 00.

Hier finden Sie uns:

Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de